

Begl. Abschrift!

10

Rechtsanwalt
Dr. jur. Detmar Philippi
Dortmund - Hörde
Seydlitzstrasse 38
Dr. Fritz Paas
Rechtsanwalt.

Dortmund - Hörde, den 2. Sept. 1949

Eingegangen beim Landgericht
Dortmund am 2. Sept. 1949

In der Strafsache

gegen Overmann - 10 Ks. 7/49 -

stützen wir die unter dem 9. August eingelegte und unter dem 27. August bereits begründete Revision des Angeklagten Overmann ausdrücklich auf die Verletzung materiellen Rechts und zwar ist der Begriff des Verbrechens gegen die Menschlichkeit vom erkennenden Gericht erster Instanz nicht richtig gewürdigt worden.

Wenngleich das Schwurgericht beim Landgericht Dortmund sich in den Ausführungen des angefochtenen Urteils auf die Begründung des Urteils des Obersten Gerichtshofes für die Britische Zone vom 20. 5. 1948 - StS 3/48 - abgedruckt im Zentral Justizblatt für die britische Zone Jahrgang 2 Heft 7 Seite 162 ff. beruft und dort ausführt, dass zur Humanitätsverletzung gehöre, dass die Tat über die angegriffenen Menschen über Menschengüter hinaus, die menschliche Persönlichkeit in ihrer Tiefe treffe, so hat es den hier zur Aburteilung stehenden Sachverhalt nicht hinreichend gewürdigt.

Das vom Schwurgericht zitierte Urteil des Obersten Gerichtshofes für die britische Zone hat zur Aburteilung einen ähnlichen gelagerten Fall vorliegen gehabt, wie das hier angefochtene Urteil. In dem zitierten Urteil werden die Tatbestandsmerkmale des Verbrechens gegen die Menschlichkeit in sehr instruktiver Weise herausgearbeitet, wie das Kontrollratsgesetz Nr. 10 sie umreißen will.

Hier handelt es sich um ein zweiaktiges Delikt, das sich einmal in einer gefährlichen Körperverletzung und zum anderen wiederum in einer gefährlichen Körperverletzung mit anschliessender Freiheitsberaubung darstellt. Das Schwurgericht hat ausgeführt, dass, wenngleich es sich um zwei Delikte handelt, doch nur ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegeben sei. Insoweit werden keine Einwendungen erhoben.

Hier wie dort ist also ein fast gleichartiger Sachverhalt zur Beurteilung gekommen, der lediglich in dem jetzt angefochtenen Urteil durch eine weitere gefährliche Körperverletzung vermehrt ist. In beiden Fällen liegen also Angriffe auf Menschen vor,
die

die körperlichen und psychischen Schaden verwirklichten und verursachten, Taten, die überall und immer schon strafbar waren und auch Verfolgungshandlungen aus politischen Gründen.

In dem zitierten Urteil hat der Oberste Gerichtshof für die britische Zone nach minutiöser Auslegung der Tatbestandsmerkmale des Verbrechens gegen die Menschlichkeit festgestellt, dass kein Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorliegt und dazu ausgeführt, dass die in dem zitierten Urteil zur Aburteilung gekommene Tat, zwar den ideellen Menschenwert des Angegriffenen verletzt hat, sie dies doch nicht mit Wirkung auf die Menschheit überhaupt getan hat. Das Urteil lässt sich hierzu dahin aus:

Der körperliche Angriff war das Werk eines Augenblicks. Er hatte keine weiteren Schadensfolgen. Einige Tage darauf war der Zeuge wieder frei. Später ist ihm nichts mehr geschehen und schreibt weiter, dass die Menschheit als Träger und Schützer des ideellen Menschenwertes sich durch eine solche Tat nicht schon verletzt fühle. Es würde ihr nicht unerträglich erscheinen, wenn diese Tat - sofern sie nicht nach deutschem Strafrecht strafbar wäre - ungesühnt bliebe.

Diese Folgerung ist aber nach Auffassung des Unterzeichneten im vorliegenden Falle nur zu vertreten. Der Herr Vorsitzende des Schwurgerichts hat in seiner mündlichen Urteilsbegründung selbst ausgeführt, dass in Kamen nach der sogenannten Machtergreifung durch den Nationalsozialismus die politischen Gegensätze hart aufeinander gestossen sind und dass die Parteien sich mutig und in keiner Weise feige gegenseitig zum Kampf gestellt hätten. Das Urteil selbst enthält die Feststellung, dass der Mitangeklagte Assmann wenige Monate vor der zur Aburteilung stehenden Tat von politischen Gegnern zusammengeschlagen worden ist. Auch die, die ihn misshandelt haben, würden also ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben. Sie wären demzufolge auch heute noch unter Anklage zu stellen. Dies ist bisher jedoch nicht geschehen. Es ist deshalb die Auffassung, dass der Angeklagte Overmann ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen habe, mit Recht nicht zu vertreten. Wenn schon auf einem polit so heissem Pflaster, wie Kamen, es nach der Machtergreifung w Raufereien an der Tagesordnung waren, so können diese nachträglich nicht zu einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit gestempelt werden. Die Menschheit selbst empfindet es sicherlich nicht al

*Wird nicht im
Urteil. Nur ein
Fall Assmann
angeführt*

*12.2.41
Wid*

*12.2.41
K*

*12.2.41
b
f
t
p*

11

unerträglich, wenn derartige Taten, sofern sie nicht nach Deutschen Strafgesetzen strafbar wären, ungesühnt blieben. Der Zweck des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 dürfte doch viel eher der sein, Massenschicksale, die durch Taten einzelner heraufbeschworen wurden, unter Anklage zu stellen und mit Recht zur Aburteilung zu bringen. Derartige - gemessen an den Schicksalen der im Osten ausgerotteten Juden - doch immerhin mit Fug und Recht - als Kleinigkeiten zu bezeichnende Straftaten, dürfen, da sie je nach Deutschem Strafrecht zur Aburteilung kommen, nicht nach dem Kontrollratsgesetz Nr. 10 behandelt werden. Der Oberste Gerichtshof für die britische Zone schreibt in dem zitierten Urteil, dass bei blosser Wirkung auf den betroffenen Menschen kein Ummenschlichkeitsverbrechen vorliegt, dass hierzu vielmehr die Tatsache gehört, dass die Menschheit als die Trägerin und Schützerin des ideellen Menschenwertes in dem Einzelmenschen angegriffen und von der Tat selbst berührt wird. Wenn die Menschheit hierdurch berührt werden würde, müsste nach unserem Dafürhalten auch gegen die Leute ein Verfahren anhängig gemacht werden, die den Überfall auf Assmann und damit eine schwere Körperverletzung bei ihm herbeigeführt haben.

Durch die Aussage des Zeugen Klockenhoff in erster Instanz hat das Gericht die Überzeugung gewonnen, dass Klockenhoff über eine Woche seiner Freiheit beraubt war. Dem Angeklagten Overmann ist es erst jetzt gelungen, eine Bescheinigung der Polizeistation ^{Kamen} zu erhalten, wonach bescheinigt wird, dass der Wirtschaftsprüfer Klockenhoff nach dem dort jetzt noch geführten Haftbuch vom 29. 3. 33 12 Uhr, bis zum 5. 4. 1933 8 Uhr, in Haft gewesen ist. Auf Grund dieser Bescheinigung dürfte erwiesen sein, dass Klockenhoff nicht über eine Woche inhaftiert gewesen ist und somit die Anwendung des § 239 Abs. 2 Strafgesetzbuch nicht gerechtfertigt ist.

Wenn weiterhin überlegt wird, dass der Angeklagte Overmann sich mit dem Zeugen Klockenhoff nach der Tat, aber vor Ausbruch des Krieges wieder ausgesöhnt hat und zwar ohne jeglichen Druck, so dürfte auch in diesem Verhalten des Angeklagten, wenn man schon in seiner Handlungsweise gegenüber den verletzten Zeugen eine überindividuelle Wirkung gegenüber der gesamten Menschheit erblicken will, auch hierin eine überindividuelle Wirkung gleichfalls gegenüber der gesamten Menschheit erblicken und eine Verurteilung nach dem Strafrahmen des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 nicht Platz greifen.

Wir bitten daher, das angefochtene Urteil aufzuheben und die Sache zur erneuten Verhandlung an die Vorinstanz zurückzuverweisen.

Rechtsanwälte
Dr. Philippi u. Dr. Paas
durch

gez. Dr. Paas
Rechtsanwalt.

An das
Schwurgericht (beim Landgericht)
D o r t m u n d

Für die Richtigkeit der Abschrift:
Dortmund, den 13. September 1949



Elverich
(Eekey)
Justizangestellter.